

Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

Für Willkommen und gutes Zusammenleben

Viele Menschen engagieren sich in Initiativgruppen und Vereinen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene, in den Kirchen, Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbänden, Arbeitgebervereinigungen, Menschenrechts-, Asyl-, Flüchtlings- und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und in den kommunalen Verwaltungen. Sie verdienen öffentliche Förderung und Anerkennung. Sie selbst wissen am besten, dass die Aufgabe groß und alles andere als einfach ist. Sie sind die praktischen Träger der Willkommenskultur. Sie stehen dafür ein, dass Ausgrenzung und Zurückweisung in unserem Land nicht dominieren.

Noch ist das Vertrauen der Flüchtlinge in diese Hilfsbereitschaft ungebrochen. Die Selbstdisziplin und Geduld so vieler tausender Schutz- und Hilfe Suchender müssten die Verfechter von Abschreckung, Ausgrenzung und Zurückweisung beschämen. Es sind die Flüchtlinge und ihre Familien, die unsere Verantwortung und humanitäre Hilfe vorrangig brauchen.

Wer zu uns flüchtet und Schutz sucht

- soll in Würde empfangen, aufgenommen und versorgt werden und ein selbstbestimmtes und selbst verantwortetes Leben führen können. Dies gilt für alle Menschen unabhängig vom Glauben, von der Herkunft, der Farbe, dem Geschlecht, Alter und der beruflichen Qualifikation.

Wer zu uns flüchtet und Schutz sucht

- soll nicht durch Mauern, Stacheldraht, Zäune und Kasernierung in Lagern daran gehindert werden. Von all dem haben und hatten wir schon genug.

Wer zu uns flüchtet und Schutz sucht

- soll nicht verdächtigt, diskriminiert, verleumdet, verunglimpft, bedroht, angegriffen und ausgegrenzt werden. Das widerspricht der Verantwortung, die uns vor Gott und den Menschen aufgetragen ist.

Wir wenden uns gegen die politische Rhetorik

- politisches Versagen durch die „Unvorhersehbarkeit und Unberechenbarkeit der Flüchtlingsströme“ zu rechtfertigen
- die „Unmöglichkeit, alle Flüchtlinge der Welt in Deutschland aufnehmen zu können“ und die „Unausweichlichkeit des Setzens von Obergrenzen“ zu beschwören
- einen „politischen Kontrollverlust“ als Grund für die „Alternativlosigkeit“ von zentraler Erfassung und Sicherheitskontrolle zu suggerieren
- Versäumnisse in der Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungspolitik gegen die Aufnahme von Flüchtlingen auszuspielen

- Zusammenhänge zwischen den jüngsten mörderisch-terroristischen Anschlägen und den Flüchtlingen, die zu uns kommen, zu behaupten

Wer so redet, stützt diejenigen, die Ausgrenzung betreiben, und schürt diffuse Ängste. Terroristische Gewalt muss als Verbrechen mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden.

Wir wenden uns gegen die Mentalität und Praxis

- der FRONTEX-Politik an den EU-Außengrenzen und ihrer weiteren Perfektionierung
- Flüchtlinge durch EU-Mitgliedsstaaten aus „Sicherheitsgründen“ abzuweisen und dadurch faktisch religiöse und rassistische Abschottung zu betreiben
- Grenzen zu „befestigen“ und sog. Transitlager oder Transitzonen einzurichten und gegen Finanzhilfen für autoritäre und autokratische Regime, um Flüchtlinge von Europa fern zu halten
- der Weigerung, unseren Anteil an Migration und Flucht durch Agrar-, Außenwirtschafts-, Handels-, Finanz-, Rohstoff-, Energie- und Klimapolitik sowie durch Waffenexporte in Krisengebiete und militärische Interventionen selbstkritisch zu überprüfen

Wer so handelt, riskiert Leid und Tod von Menschen und versperrt einer menschenwürdigen europäischen Einwanderungspolitik und der Beseitigung von Fluchtursachen die politische Umsetzung.

Wir setzen uns dafür ein

- dem vielfältigen Engagement Ehrenamtlicher, kommunaler Verwaltungen und Hilfsorganisationen Raum zur Entfaltung zu geben, und es nicht durch zentrale Regulierungs- und Restriktionsmaßnahmen zu behindern

Die zivilgesellschaftliche Willkommens- und Partizipationskultur ist das beste Programm gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und gegen kriminellen Terror.

- den dezentralen und selbstorganisierten Unterbringungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene Vorrang zu geben statt Flüchtlinge in zentralen „Lagern“ zu kasernieren

Integration und Partizipation soll und kann vor Ort beginnen. Dies fördert das gesellschaftliche und sprachliche Miteinander wirksamer als zentral formalisierte Betreuungsprogramme.

- Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungseinrichtungen, den Wohnungs- und Arbeitsmarkt unmittelbar nach ihrer Ankunft für Flüchtlinge zu öffnen und Eigeninitiativen dazu gezielt und unbürokratisch direkt zu unterstützen

Ausbildung, Arbeit und Wohnung zu verwehren, zwingt dazu, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Gerade die Motivation für Eigenverantwortung und selbstbestimmte Lebensperspektiven soll stattdessen gefördert und nicht entmutigt werden.

- alle Maßnahmen zu unterlassen, die das Recht auf Familienzusammenleben und Familiennachzug beeinträchtigen

Der Familiennachzug ist bisher einer der wenigen sicheren Wege, zu uns zu kommen. Solche sicheren Wege müssen ausgebaut und dürfen nicht eingeschränkt werden.

- kriminelle Gewalt gegen Flüchtlinge durch Bedrohung, Brandstiftung, öffentliche Hetze und die Aufforderung dazu effektiver als bisher aufzuklären und im Rahmen der bestehenden Gesetze wirksam zu bestrafen, und die öffentliche Zur-Schau-Stellung von Nazisymbolen bei Aufmärschen und im Internet wirkungsvoll zu unterbinden

Dieses akute Sicherheitsproblem betrifft viele Menschen real und tagtäglich. Es zu vernachlässigen, erzeugt Angst und Ressentiments gleichermaßen und stiftet zur Nachahmung an. Angriffen auf Flüchtlinge und die, die sie willkommen heißen mutig entgegen zu treten, ist Grundgebot für jede demokratische politische Kultur.

- Kirchenasyl, private Initiativen und alle rechtlichen Schutzmaßnahmen zu unterstützen, wenn Abschiebungen „unangekündigt“ erfolgen und wenn Ermessensspielräume zugunsten der Flüchtlinge durch Behörden nicht mehr ausgeschöpft werden

Schnellverfahren aufgrund von Aktenlage ohne Anhören und Ansehen der Person und ohne Berücksichtigung ihrer konkreten Situation auf der Basis als sicher erklärter Herkunftsländer widersprechen den Menschenrechten und dem humanitären Wertekodex unserer Gesellschaft.

Als Christinnen und Christen dürfen wir aus der Freiheit des Evangeliums leben. Wir achten das staatliche Gesetz. Aber es gilt nicht absolut. Es muss sich in der Verantwortung vor Gott und vor den Schutz suchenden Menschen als lebensdienlich erweisen und bewähren.

Die Not der Flüchtlinge ist unsere Aufgabe. Deshalb setzen wir uns für eine Kultur des Willkommens und des guten Zusammenlebens ein. In unserer ökonomisch und politisch exzessiv globalisierten Welt darf das Grundvertrauen in eine gerechtere und friedlichere gemeinsame Zukunft nicht weiter beschädigt werden. Wer dieses Grundvertrauen nicht entwickeln will, verliert den Weg zu einem Zusammenleben in Würde.

Wir freuen uns, Teil der breiten Bewegung für „Willkommen und gutes Zusammenleben“ sein zu können. Daher unterstützen wir die vielen öffentlichen Äußerungen und Initiativen von Gruppen, Flüchtlingsräten und Organisationen, die zu dieser Willkommenskultur aufrufen. Dazu gehören z.B. das „Kommunique des kirchlichen Flüchtlingsgipfels in München am 29. 10. 2015“, zu dem der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), die Evangelisch-lutherische Kirche in Bayern und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eingeladen hatten, den Pro Asyl Appell „Wir treten ein für die freie Wahl des Aufnahmelandes, für faire Asylverfahren, gegen Dublin-Abschiebungen, für die Freizügigkeit von Flüchtlingen“, die Migrationscharta des Ökumenischen Netzes in der Schweiz „Grundsätze einer neuen Migrationspolitik aus biblisch-theologischer Perspektive“, den Aufruf an Gruppen und Gemeinden zur „Flüchtlingskrise“ von Kairos Europa und die Aktivitäten im Rahmen der Ökumenischen Friedensdekade unter dem Motto „Grenzerfahrung“.

„Wir klagen uns an ...“

„Wir sind in die Irre gegangen ...“

So hieß es vor 70 Jahren in der Stuttgarter Schulderklärung 1945 und im Darmstädter Wort 1947.

Angesichts der akuten Notsituation von Millionen Menschen, die Schutz suchen, gilt es nun, das uns Mögliche zu tun, damit wir solche Sätze nicht erneut sagen müssen.

Berlin, 14. November 2015

Fortsetzungsausschuss des **Plädoyer für eine ökumenische Zukunft**

Fritz Erich Anhelm (Rehburg-Loccum), Werner Gebert (Ofterdingen), Elisabeth Hanusch (Ludwigshafen), Luise Jarck-Albers (Heide), Rüdiger Noll (Berlin), Gerdi Nützel (Berlin), Gert Rüppell (Moers), Hans-Jörg Schmid (Neustadt / Aisch), Friederike Schulze (Berlin), Ulrike Stöhr (Hannover)

Sekretariat: Elisabeth Löffler, Büchener Weg 18 A, 21481 Lauenburg (e.loeffler@alice.de)

Unterstützungserklärungen bitte an Fritz Erich Anhelm, Frankenstr. 19, 31547 Rehburg-Loccum (fritzanhelm@aol.de)

Unterstützer/innen (nach Eingang / Stand 5. Febr. 2016)

Doris Peschke, Generalsekretärin Churches' Commission for Migrants in Europe, Vors. Plädoyer e.V. (Brüssel)

Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Kairos Europa (Heidelberg)

Martin Robra, Ökumenischer Rat der Kirchen (Genf)

Ulrike Duchrow, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg (Heidelberg)

Susanne und Gerd Vogt, Architekt (Rostock)

Bärbel Wartenberg-Potter, Bischöfin i.R. (Lübeck)

Dr. Karl-Heinz Dejung, Ökumenischer Berater und Lehrbeauftragter (Mainz)

Prof. Dr. Gottfried Orth, Ev. Theologie und Religionspädagogik TU Braunschweig

Ursula und Gerhard Vöhringer (Tübingen)
Adelheid von Guttenberg (Nürnberg)
Constanze Kraft, Hendrik-Kraemer-Haus (Berlin)
Christa Maria Bauermeister (Hildesheim)
Eva Michel (Torres Vedras - Portugal)
Heidi Merk, Ministerin Justiz und Soziales a.D. (Hannover)
Jobst Kraus, ehem. Studienleiter (Bad Boll)
Jürgen Micksch, Vors. des Interkulturellen Rates in Deutschland
Prof. Dr. Konrad Raiser, ehem. Generalsekretär des Ökumenischen Rates Genf (Berlin)
Dr. Martin Affolderbach, Oberkirchenrat EKD i.R. (Nürnberg)
Kai Lüke für das Kooperationssteam MEET – More Ecumenical Empowerment Together,
Ökumenisches Netzwerk junger Menschen (Berlin)
Rolf Sängler-Diestelmeier, Mitglied Vorstand des Vereins Zuflucht (Bremen)
Els van Vemde mit Arbeitskreis Flüchtlinge der Ev. Martha Gemeinde (Berlin-Kreuzberg)
Prof. Dr. Ulrike und Wilbert Vogel (Braunschweig)
Margund Braun (Saarbrücken)
Prof. Dr. Ulrich Becker (Hannover)
Dr. Franz Grubauer, Oberkirchenrat EKHN (Darmstadt)
Flois Knolle-Hicks und Konrad Knolle (Potsdam)
Prof. Dr. Heinrich Wilhelm Schäfer (Bielefeld)
Eva und Wolfgang Stadthaus (Berlin)
Ruth Priese (Berlin)
Giselher Hickel (Berlin)
Paulus Hecker, Ev. Kirchengemeinde Berlin-Treptow
Manfred Berg, Ev. Forum Berlin-Brandenburg
Ingrid Borns-Scharf (Berlin)
Bärbel Barteczko-Schwedler und Prof. Dr. Hanns-Uve Schwedler (Berlin)
Nini und Gottfried Kraatz, Ökumenisches Friedensprogramm in Israel/Palästina
(Blankenfelde-Mahlow)
Erdmuthe Remoli, Migrantenrat Berlin-Lichtenberg
Christian Herwartz SJ, Arbeiterpriester, Kommunität Berlin-Kreuzberg
Anette Mahr-Nelson mit dem Amt für Mission. Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
der Ev. Kirche von Westfalen (MÖWe) (Dortmund)
Prof. Dr. Klara Butting, Zentrum für biblische Spiritualität und gesellschaftliche
Verantwortung (Uelzen)
Bernd Winkelmann (Kirchhofmfeld)
Siegfried Menthel (Eichwalde)
Alexander Reichert (Jüterbog)
Anette Flade, Beauftragte für Flüchtlingsarbeit im Kirchenkreis Barnim (Schorfheide)
Dr. Peter Witte (Borchen)
Michael Dorsch
Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann (Senftenberg / Zly Komorow)
Ginga Eichler, Vorstand der DAFRIG e.V. (Berlin)
Rolf Koppe, Auslandsbischof der EKD i.R. (Göttingen)
Martin Gück, Kairos Europa (Heidelberg)
Michael Held, Sprecher Ökumenisches Netz in Deutschland (Hersfeld)
Sabine Schuke (Lübben / Spreewald)
Mechtild Herold (Bonn / Berlin)

Dr. Klaus Roeber (Berlin)
Michael Dorsch (Jena)
Dr. Friederun Fessen (Berlin-Mitte)
Klaus Wazlawik, Ökumenische Initiativgruppe Eine Welt (Treptow-Köpenick)
Dorle und Gerhard Dilschneider (Ulm)
Jürgen Reichel-Odie (Frankfurt a. M.)
Kirsten Potz, Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe)
(Bielefeld)
Detlev Knoche, OKR EKHN, Zentrum Ökumene (Frankfurt a. M.)
Werner Schmitz (Bremen)
Christiane Anhelm (Rehburg-Loccum)
Hanna Manser (Petersberg)
Hans-Gerhard Klatt, Beauftragter für die Reformationsdekade (Bremen)
Doris Nauland, Zuflucht – Ökumenische Ausländerarbeit e.V. (Bremen)
Kornelia und Josef Göbel
Reinhild Mauersberger
Dr. Reinhard J. Voß, Ökumenische Gemeinschaft Wethen, Eirene Vorsitzender (Diemelstadt-
Wethen)
Jürgen Großhennig
Joachim Garstecki (Magdeburg)
Hans-Otto Kloos (Nackenheim)
Marion und Dr. Gerhard Liedke (Heidelberg)
Barbara Rauchwarter (Mödling, Österreich)
Eberhardt Renz, Bischof i.R. (Tübingen)
Dr. Matthias Sens, Probst i.R. (Magdeburg)
Dr. Eberhard Müller (Rosenfeld / Pelzmühle)
Gerhard Köberlin, ehem. Studienleiter der Missionsakademie (Hamburg)
Dr. Joachim Wietzke (Horst-Hahnenkamp)
Horst-Helmut Eck
Kristina Bradley-Kirschner (Portadown, Nordirland)
Annegret und Helmut Zeilinger (Freiburg)
Cornelia Oßwald und Günther Meuschel-Oßwald (Düsseldorf)
Waltraut Skladny, Niederländische Ökumenische Gemeinde und Christliche
Friedenskonferenz (Berlin)
Astrid und Ernst Standhartinger (Weiterstadt)

